

Fachtagsbericht Aus dem Schatten ins Rampenlicht

Zur Situation pflegender
Angehöriger in den neuen
Bundesländern



Aus dem Schatten ins Rampenlicht – Zur Situation pflegender Angehöriger in den neuen Bundesländern

Bericht zum Fachtag am Freitag 23. Oktober 2020 in Erfurt, Congress Center

HINTERGRUND UND ZIELE

Das Jahr 2021 wird für pflegende Angehörige ein Jahr zentraler Richtungsentscheidungen. Bei sechs Landtagswahlen und der Bundestagswahl stimmen die Bürger*innen auch darüber ab, wie die Pflege in Deutschland in den 2020er Jahren ausgestaltet wird. Für pflegende Angehörige geht es darum,

dass ihre Wünsche und Bedarfe berücksichtigt und Lösungen für die enormen Belastungen des Pflegealltags gefunden werden. Unter anderem muss dafür die Selbsthilfe für pflegende Angehörige weiter ausgebaut und gestärkt werden. Vor diesem Hintergrund hat der Fachtag von wir pflegen in diesem Jahr die zentralen Herausforderungen für pflegende Angehörige noch einmal konzentriert in den Blick genommen.

Schwerpunktthema war dabei die Situation in den östlichen Bundesländern. Gerade hier kristallisieren sich die großen Fragen zur Zukunft der Pflege. Das Zusammenspiel von demografischem Wandel, Mangel an Pflegekräften und überwiegend ländlichem Raum führt in Ostdeutschland zu besonderen Herausforderungen. Wie reagieren Bundesländer, Kommunen und Pflegeakteure darauf? Was muss heute und morgen passieren, damit pflegende Angehörige flächendeckend besser unterstützt werden? Neben der Bestandsaufnahme aus unterschiedlichen Perspektiven, sollte es vor allem um Lösungen aus der Sicht pflegender Angehöriger gehen. Erfurt bildete dafür den perfekten Tagungsort. Erst Mitte März hatte sich der Landesverein wir pflegen Thüringen gegründet und trotz oder wegen der besonderen Herausforderungen für pflegende Angehörige während der Corona-Pandemie seine Arbeit unter erschwerten Bedingungen aufgenommen.

Öffentlichkeitsarbeit

Der Fachtag wurde unter anderem mit einem Flyer in zahlreichen Netzwerken, über Partnerorganisationen und anderen Selbsthilfeakteuren beworben. Das Infektionsgeschehen in Thüringen ermöglichte Ende Oktober noch die Durchführung des Fachtags unter Einhaltung eines speziellen Hygienekonzeptes. Am Tagungsort der Messe Erfurt konnten alle wichtigen Corona-Hygieneregeln eingehalten werden.

Der MDR berichtete im Thüringen Journal über die Veranstaltung. Der Beitrag ist in der ARD-Mediathek bis zum 4. April 2021 abrufbar.





BEGRÜSSUNG

Christian Pälme | pflegepolitischer Referent von wir pflegen

Christian Pälme begrüßte im Namen des Bundesverbands die pflegenden Angehörigen und Gäste. Zugleich äußerte er Verständnis für diejenigen, die wegen des Infektionsrisikos nicht anreisen konnten. Er dankte dem Landesverein Thüringen als Gastgeber und Sigrun Fuchs für die Organisation in unsicheren und schwierigen Zeiten.

„Corona hat die Situation für pflegende Angehörige noch einmal verschärft“, betonte Pälme bei seiner Einführung. „Ihre Anliegen gehören gerade im Superwahljahr 2021 ins Rampenlicht.“ Beim Fachtag gehe es darum, Erfahrungen aus den Landesvereinen, der Selbsthilfearbeit und aus der Wissenschaft zu bündeln, um mit guten Botschaften und wirksamen Argumenten die Unterstützung für die häusliche Pflege deutlich zu verbessern. „Der Landesverein Thüringen hat sich im März gegründet, um dafür zu sorgen, dass pflegende Angehörige mit am Tisch sitzen, mitbestimmen und mitreden, wenn Entscheidungen getroffen werden. Es wurde zu lange über die Angehörigen geredet. Jetzt braucht es den direkten Dialog“, sagte der pflegepolitische Referent des Bundesvereins.

„Egal ob Osten oder Westen, Norden oder Süden. Pflegende Angehörige sind überall die tragende Säule des Pflegesystems. Somit sind pflegende Angehörige systemrelevant und müssen endlich entsprechend unterstützt werden.“

Christian Pälme

VIDEOBOTSCHAFT

Heike Werner | Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

„Pflegende Angehörige sind das Rückgrat der Pflege in Deutschland und in Thüringen“, begrüßte Ministerin Heike Werner die pflegenden Angehörigen und das Publikum. „Wir wissen, das ist eine sehr große Herausforderung.“ Auch in Thüringen wünschten sich die meisten Pflegebedürftigen möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu leben, und viele Angehörige wollen diesen Wunsch ermöglichen. Zugleich aber dürften die Familien mit den Belastungen, die die häusliche Pflege oftmals mit sich bringe, nicht alleine gelassen werden. Heike Werner benannte neben den finanziellen Einschränkungen beim Versuch, Pflege und Beruf zu vereinbaren, auch psychischen Druck und Stress. Es sei wichtig, dass „die pflegenden Angehörigen in den Mittelpunkt der Pflegepolitik rücken“, betonte die Ministerin. Explizit lud sie den Landesverein Thüringen ein, die eigenen Vorschläge und Forderungen im persönlichen Gespräch zu diskutieren und gemeinsam zu schauen, welche Lösungen und Unterstützungsangebote in Thüringen umsetzbar seien. „Es braucht eine starke Lobby für die pflegenden



Angehörigen“ betonte die Ministerin. Sie machte dem Landesverein Mut, sich einzumischen, laut zu werden und zu sagen, was gebraucht wird.

„Es braucht eine starke Lobby für die pflegenden Angehörigen. Es ist gut, dass Sie sich einmischen, laut werden und sagen, was gebraucht wird.“

Heike Werner

VORTRÄGE

In den Fachvorträgen stand zunächst die Bestandsaufnahme im Vordergrund. Vor welchen konkreten Herausforderungen stehen pflegende Angehörige? Welche Unterstützungsangebote finden sie vor Ort? Wie steht es, gerade in Zeiten einer Pandemie, um die Selbsthilfeangebote für pflegende Angehörige? Entsprechen diese Angebote den diversen Lebensrealitäten und unterschiedlichen Herausforderungen im Pflegealltag?

Zugleich richteten die Referent*innen den Blick auch auf die Anforderungen, die sich in der Zukunft an die häusliche Pflege stellen.



Demografischer Wandel konkret – Pflegende Angehörige stehen in Thüringen vor großen Herausforderungen

Sigrun Fuchs | wir pflegen Thüringen

Die Thüringer Bevölkerung wird immer älter. Das Land hat lange mit den Folgen sinkender Geburtenraten nach 1989 gekämpft und mit der Abwanderung, vor allem von jungen Leute, die woanders einen Arbeitsplatz suchten. In ihrem Vortrag befasste sich Sigrun Fuchs mit den Konsequenzen dieser demografischen Entwicklung für die häusliche Pflege.

Bundesweit steigen die Zahlen der Pflegebedürftigen. Thüringen weist mit einem Zuwachs von 23,8 % die größte Steigerung aller Bundesländer auf. „Wir haben 115.000 Pflegebedürftige und es ist davon auszugehen, dass es bis 2040 rund 150.000 Pflegebedürftige geben wird, das ist eine Steigerung um 30 %“, hob Fuchs hervor. Doch wer übernimmt die Pflege, wenn Kinder in ganz anderen Teilen von Deutschland leben und arbeiten und gleichzeitig viele Pflegefachkräfte fehlen? Fakt ist auch, dass sich viele Familien in Thüringen angesichts der geringen Einkommen weiter steigende Zuzahlungen zu den Pflegekosten nicht leisten können, aber gleichzeitig die Löhne in der Pflege steigen müssen.

Fuchs wies darauf hin, dass die Politik viel stärker Informationen abfragen und das Wissen über die häusliche Pflege vervollständigen muss, um die Situation für Pflegende und Gepflegte zu verbessern und für die Zukunft vorbauen zu können. Die pflegenden Angehörigen wünschen sich jedenfalls schon heute wesentlich mehr Angebote zur Entlastung in Kurzzeit- und Verhinderungspflege. Auch komme es bei der Entwicklung von Lösungen darauf an, die unterschiedlichen Pflegesituationen genauer in den Blick zu nehmen. „Angebote werden nur dann eine wirkliche Entlastung bringen, wenn sie die unterschiedlichen Bedürfnisse berücksichtigen. Das heißt auch, je umständlicher, je unverständlicher, je aufwendiger die Beantragung, desto weniger Menschen werden profitieren,“ so Fuchs. Es sei daher wichtig in der

Fläche eine unabhängige Pflegeberatung durch Pflegestützpunkte zu gewährleisten und die Entlastungsangebote auszubauen.

Wie fehlende häusliche Versorgungsangebote und die Landflucht älterer Menschen zusammenhängen

Katja Knauth, M.A. | Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Görlitz

Viele Regionen im Osten Deutschlands schrumpfen. Junge Menschen ziehen weg oder werden erst gar nicht geboren. Die Bevölkerung geht zurück und die, die bleiben, werden immer älter. In vielen Regionen, sagt Katja Knauth, verwalten die Kommunen nur den Mangel: Mangel an jungen Menschen und Mangel an Nahversorgung. Es gibt keine Bäcker mehr, keine Ärzte, keine Schulen. Und die Kommunen stehen vor der Herausforderung, dass wichtige Infrastruktur – wie zum Beispiel die Abwasserbeseitigung – trotzdem finanziert werden muss. Wie können Kommunen vor diesem Hintergrund dazu bewegt werden, ausgerechnet mehr Mitverantwortung für die Pflege zu übernehmen?, um diese Herausforderung ging es im Vortrag von Katja Knauth.

Im Grundgesetz ist zwar verankert, dass Gemeinden für die Daseinsvorsorge der Bevölkerung verantwortlich sind. Die Menschen in der Region hätten also Anspruch auf ein gutes Leben und gutes Altern. Die Realität, betonte Knauth, sehe oft anders aus. Vor allem in den abgelegenen Gebieten fehle es an ambulanten Pflegediensten. Stattdessen müssten sich Nachbarschaften zusammenfinden, um Versorgungssituationen zu lösen. Aus dünnbesiedelten Landkreisen würden Ältere umziehen oder mit Angehörigen in Tagespfleeinrichtungen nach Görlitz pendeln. Um die Schrumpfung aktiv zu gestalten brauche es eine Demografie-Strategie. Gerade bei der Pflege fürchten Kommunen als Kostenträger für Versorgungsleistungen (Hilfe zur Pflege) häufig eine Mehrbelastung.

Katja Knauth stellte in ihrem Vortrag das Modell der sorgenden Gemeinschaft als Lösungsansatz



vor. Dabei geht es ihr darum, ein tragfähiges System für Ältere und Pflegebedürftige kommunal zu organisieren. Sie schlägt vor, soziale Beziehungen über die Kernfamilie hinauszudenken und die Ressourcen im Umfeld – Angehörige, Nachbarn, ländliche Gemeinschaft – zu mobilisieren. Ein solches Modell könnte über Dorfmanager umgesetzt werden, die die Selbsthilfekräfte stärken und Nachbarschaften aktivieren. Aufgabe der Kommunen sei es, gemeinsam mit den Bürger*innen über Re-Kommunalisierung von Pflegeangeboten nachzudenken.

Eine solche gemeinschaftliche und kooperative Daseinsvorsorge brächte nicht nur Versorgungssicherheit für Pflegebedürftige und Entlastung der Familien, sondern auch Vorteile für einzelne Kommunen. „Denn die Landflucht wird sich fortsetzen, wenn Infrastruktur und Daseinsvorsorge zusammenbrechen. Und das heißt auch: die kommunalen Ressourcen werden nicht im gleichen Maße wie die Versorgungsprobleme zunehmen,“ mahnte Knauth.

Quo Vadis Berlin – wo soll es hin nach der nächsten Wahl?

Frank Schumann | Fachstelle pflegende Angehörige Berlin

„Statistisch betrachtet wird jeder im Laufe des Lebens mit Pflege konfrontiert – als Betroffener, Angehöriger, Freund oder Nachbar“, stellte Frank Schumann anhand vieler Zahlen und Fakten zur Situation häuslicher Pflege in Berlin klar. Im Gegensatz zu den Versorgungsengpässen in ländlichen Räumen, verfüge Berlin über ein großes, umfangreiches und vielfältiges Angebot zur Unterstützung pflegender Angehöriger. Das Land Berlin habe dafür geschickt die bundesweiten Förderprogramme (2008/2009) genutzt, um Pflegestützpunkte aufzubauen und in unabhängige Beratung für pflegende Angehörige zu investieren. Heute gibt es in der Stadt 36 Pflegestützpunkte, umgerechnet einen Pflegestützpunkt für 100.000 Einwohner.

Das Land fördere eine breite Infrastruktur, betonte der Leiter der Fachstelle für pflegende Angehörige, u.a. die Fachstelle für pflegende Angehörige und einige mehr (z.B. Fachstelle Menschenkind (Familien versorgungsintensiver Kinder), echtunersetzlich.de (pflegende junge Menschen) oder Pflege in Not (Beratung bei Konflikten und Gewalt in der häuslichen Pflege). Außerdem habe das Land 2015 einen ersten Maßnahmenplan „pflegende Angehörige“ und 2018 die „Berliner Strategie pflegende Angehörige“ vorgelegt. Letztere beinhaltet drei Handlungsfelder: a. Anerkennungs- und Beteiligungskultur, b. Information, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit und c. Alltagsunterstützung. Das Land Berlin sei in vielerlei Hinsicht bestes Praxisbeispiel, stellte Frank Schumann heraus, aber man sei noch nicht am Ziel. Sein Fazit aus der Arbeit der Fachstelle lautet: Die Entlastung der häuslichen Pflege scheitert, wenn das häusliche System und seine Diversität nicht verstanden wird. Neben der Beratung sollte daher auch die Selbsthilfe an Bedeutung gewinnen. Pflegende Angehörige müssten mehr für sich selbst das Wort ergreifen und ihre Anliegen einbringen können. Im Pflegesystem sollten sie stärker als Partner wahrgenommen und einbezogen werden.

Schließlich zeige die Erfahrung in der Fachstelle, dass pflegende Angehörige ein „ABS-System“ brauchen, das nach Frank Schumann aus Anerkennung und Augenhöhe, Beratung und Begleitung sowie einem System besteht, das finanziell sowie emotional Sicherheit gibt. Die Berliner „Woche der Pflegenden Angehörigen“ nannte Schumann ein gelungenes und nachahmbares Beispiel für Anerkennung und Vernetzung einer Gruppe, die viel für die Gesellschaft leistet, aber selten Wertschätzung erfährt.

„Statistisch wird jeder im Laufe des Lebens mit Pflege konfrontiert – als Betroffener, Angehöriger, Freund oder Nachbar.“

Frank Schuman

DISKUSSION

Vor der Bundestagswahl: Was braucht es für eine echte Pflegewende?

Die Corona-Pandemie bringt pflegende Angehörige seit Monaten ans Limit ihrer Kräfte. Auch beim Fachtag wurde sehr konkret deutlich, wie hoch die psychische und körperliche Belastung in der häuslichen Pflege ist. Viele pflegende Angehörige leiden unter der Isolation und dem erhöhten Pflegeaufwand, weil Tagespflegen schließen oder ambulante Pflegedienste nicht mehr unterstützen können. Laut einer Studie von Prof. Rothgang fühlen sich 57 % der pflegenden Angehörigen bei den „Corona-Maßnahmen“ nicht ausreichend berücksichtigt (Rothgang et al. 2020).

Eine pflegende Angehörige brachte den Zweispart indem viele stecken auf den Punkt: „Uns allen ist klar, dass Angehörige diejenigen sein werden, die immer und immer wieder versuchen die Versorgungslücke selber zu schließen. Koste es was es wolle.“ Tatsächlich hat Corona viele Schwierigkeiten in der Pflege und der Pflegepolitik, die schon vorher bestanden, noch einmal verschärft. Wie soll es in Zukunft weitergehen? In der Diskussion kristallisierten sich drei Schwerpunkte heraus.

Ausbau von Entlastungsangeboten

Es wurde betont, dass der Ausbau von konkreten Entlastungsangeboten für pflegende Angehörige und die Förderung der Selbsthilfe hohe Priorität haben muss. Viele pflegenden Angehörigen klagen darüber, dass Plätze für Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege nicht ausreichend vorhanden sind, bestehende Plätze nicht erreicht werden können oder es kein auf spezielle Bedürfnisse abgestimmtes Angebot gibt, zum Beispiel für Kinder und junge Erwachsene mit Pflegebedarf. Betont wurde dabei, dass der Ausbau bundesweit erfolgen muss und sich nicht auf die Ballungsräume beschränken darf.

Vereinbarkeit Pflege und Beruf

Rund 35 % der pflegenden Angehörigen im erwerbsfähigen Alter sind nicht berufstätig. 60 % der Unternehmen haben keine Angebote für pflegende Angehörige und planen auch keine. Für viele pflegende Angehörige ist die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf noch immer kaum möglich.

Der Unabhängige Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf hatte im Juni 2019 seinen ersten Bericht an die Bundesregierung übergeben. Bisher wurde keine der insgesamt 46 Empfehlungen umgesetzt. Die Dringlichkeit einer Freistellung mit Lohnersatz analog zum Elterngeld wurde in der Diskussion noch einmal unterstrichen. Auch ein Rechtsanspruch auf Tagesbetreuung – wie bei Kindern – sei ein wichtiger Schritt der Angleichung familienpolitischer Leistungen.

Während Eltern in Elternzeit Lohnersatz erhalten, bekommen pflegende Angehörige für 10 Tage ein Pflegeunterstützungsgeld. Dieses wurde in der Coronapandemie auf 20 Tage angehoben. In der Diskussion war man sich einig: Mit 10 Tagen ist den wenigsten tatsächlich geholfen. Eine Stimme aus dem Plenum: „In 10 Tagen kann ich höchstens organisieren, dass meine Oldies nicht verhungern.“ Kontrovers wurde dagegen die Frage diskutiert, ob und wie Arbeitgeber davon überzeugt werden können, betriebliche Modelle für die Gestaltung von Pflegezeiten für ihre Mitarbeitenden anzubieten. Angesprochen wurde auch die Schwierigkeit, im Anschluss an eine Pflegezeit wieder eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

FAZIT

Am Ende ging es in der Diskussionsrunde auch um die Frage des „WIE“. Einigkeit bestand darin, dass es einen größeren Austausch auf politischer Ebene braucht und pflegende Angehörigen stärker in Gremien einbezogen und als Sachverständige gehört werden müssen. Es sei Aufgabe der Politik Lösungen zu formulieren, daran müssen pflegende Angehörige die Verantwortlichen in Bund und Ländern erinnern und sich mit eigenen konkreten Vorschlägen Gehör verschaffen.



Der Fachtag 2020 wurde unterstützt durch den

Dachverband



Stimme der pflegenden Angehörigen

Zu unseren Mitgliedern zählen pflegende und sorgende Angehörige und viele weitere Personen in Deutschland, die sich in wissenschaftlichen oder anderen Berufen in der Pflege engagieren und pflegenden Angehörigen zu mehr Wertschätzung und Unterstützung verhelfen wollen.

Engagement auf vielen Ebenen

Wir setzen uns ein für Verbesserungen in der häuslichen Pflege: pflegepolitisch und über die Selbsthilfeunterstützung, auf Länderebene und in den Kommunen, bundesweit und mit Eurocarers auch auf europäischer Ebene. Seit vielen Jahren tragen wir die Stimmen der Betroffenen über Presse und Medien an die Öffentlichkeit und an die Politik.

Mitmachen und Mitgestalten

wir-pflegen.net / wir-pflegen.nrw
/ wir-pflegen-thueringen.de

Impressum: wir pflegen e. V. · Alt-Moabit 91 · 10559 Berlin
kontakt@wir-pflegen.net / Verantwortlich: Sebastian Fischer /
Redaktion: Sabina Strunk / Registergericht: Amtsgericht
Charlottenburg Registernummer VR 37451 B / Design:
lilien-feld.de

